

Erklärung

Eine andere Welt ist möglich

Vom 06. bis zum 08. Juni fand in Heiligendamm der G8-Gipfel statt. Über 2 Jahre hinweg hat sich die außerparlamentarische und parlamentarische Linke Deutschlands gemeinsam mit internationalen Globalisierungskritikern auf die Proteste anlässlich dieses Gipfels vorbereitet.

Linkspartei.PDS und WASG waren Teil des vielfältigen Protestspektrums, bei der Vorbereitung, Durchführung und Absicherung der Protestaktionen haben wir uns eingebracht. Heute können wir konstatieren, dass die Proteste erfolgreich waren, der Öffentlichkeit konnte gezeigt werden: „Eine andere Welt ist möglich!“

Unser Dank gilt allen, die sich an den Protesten beteiligt haben, ob als OrganisatorInnen, als DemonstrantInnen, als DiskussionspartnerInnen oder als TeilnehmerInnen an den fantasievollen Blockaden.

Die Kraft und den Schwung der globalisierungskritischen Proteste wollen wir für unser Wirken als linke alternative Partei in der Gesellschaft nutzen.

1. Demokratische Grundrechte und Menschenrechte sind für uns unteilbar, Gewalt ist kein Mittel, um politische Ziele umzusetzen. Deshalb distanzieren wir uns von den gewalttätigen Handlungen auf der Großdemonstration am 02. Juni 2007, mit denen versucht wurde, den politischen globalisierungskritischen Ansatz zu diskreditieren. Wir wenden uns ebenso entschieden gegen die Rechtsverletzungen durch staatliche Gewalt vor und während des Gipfels.

2. Bereits im Vorfeld des Gipfels wurde versucht, den friedlichen Protest zu diskreditieren, die Organisatoren und Teilnehmer durch unverhältnismäßigen Überwachungsdruck zu kriminalisieren und damit die Protestbewegung zu isolieren. Die Wahrnehmung demokratischer Grundrechte wurde als Gefahr für die öffentliche Sicherheit dargestellt. Polizeiliche Maßnahmen während der Proteste trugen zur Eskalation bei.

Die Landtagsfraktion wird gebeten, alle parlamentarischen Mittel zu nutzen, um die politische Verantwortung für die Einschränkung der Pressefreiheit und Menschenrechte, - die Verstöße gegen den Datenschutz, die Verletzung demokratischer Grundrechte und die Übergriffe der Polizei vor und während des Gipfels aufzudecken und öffentlich zu machen.

3. Die Linkspartei.PDS und die WASG waren bei der Vorbereitung und Durchführung der Proteste ein anerkannter Teil des Netzwerkes. Der Landesvorstand der Linken wird beauftragt, anknüpfend an diese neue Qualität der politischen Akzeptanz die Kontakte zu außerparlamentarischen Kräften zu pflegen und die Zusammenarbeit zu intensivieren.

4. Realistische Alternativen zur gegenwärtigen Globalisierung wurden in den Foren des Alternativgipfels diskutiert. Der Landesverband der Linken, seine Gliederungen, die Arbeitsgemeinschaften und alle Mitglieder sind aufgefordert, diese Diskussionsergebnisse für die politische Diskussion aufzunehmen und sie innerhalb der Gesellschaft zu verbreiten.

